

Herbert Grubmayr

Wechselwirkungen zwischen Politik und Militär bei Friedensschaffung und Friedenserhaltung

Streiflichter aus einer praktischen Erfahrung:
"ALBA" in Albanien

Definition des Themas

Es hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Inkrafttreten der UN-Charta eine größere Zahl von internationalen Operationen gegeben, wo sowohl militärische als auch zivile Einheiten beteiligt waren. Eine eingehende Beschreibung aller dieser Operationen, ihres Entstehens, ihrer Durchführung und eine erschöpfende Beurteilung ihrer Resultate bzw. Erfolge samt einer Analyse der jeweiligen Interaktion zwischen militärischen und zivilen Bereichen würde einen dicken Band füllen. Auch die friedenserhaltenden und friedensschaffenden Operationen mit dem völkerrechtlichen Überbau der Kapitel VI und VII der UN-Satzung fallen in diesen Bereich der Verknüpfung militärischer und ziviler Einsatzkomponenten. Hierüber gibt es eine Vielzahl von Publikationen, welche die Problemstellungen aus völkerrechtlicher, praktisch-politischer und militärischer Sicht behandeln.

Die verschiedenen Spielarten internationaler militärischer Einsätze

Das hier gesteckte Ziel ist ein viel bescheideneres. Es soll versucht werden, auf Grund persönlicher Erfahrungen empirisch-pragmatische Beschreibungen und Einschätzungen hinsichtlich der im Titel genannten Operation, die in vieler Hinsicht eine Aktion *sui generis* darstellte, zu geben, ohne Anspruch auf erschöpfende Behandlung des Themas zu erheben. Daneben werden auch Parallelen zum Bosnien-Paradigma gezogen. Nicht in diesen enger gezogenen Darstellungsrahmen fallen die klassischen friedenserhaltenden Operationen unter UNO-Auspizien, wie z.B. im Nahen Osten, am Golan und auf Zypern (UNDOF, UNTSO, UNFICYP), wo der militärische Befehlshaber vor Ort auch die politisch-strategischen Zielsetzungen implementiert und sich die beigegebenen zivilen UN-Funktionäre in einem klaren Unterstellungsverhältnis zum kommandierenden Offizier befinden. Diese Art der einheitlichen Hierarchie bringt normalerweise auch weniger Reibungsflächen mit sich, weil es einen z.T. schon seit Jahrzehnten eingespielten Apparat mit klarer Rangordnung und eindeutigen Befehlsstrukturen gibt.

Ähnliches gilt für einen ganz anderen Typ von Operationen, die friedensschaffend mit Kampfeinsätzen sind, wie im sogenannten zweiten Golfkrieg. Hier ist aus nicht weiter zu erklärenden Gründen das militärische Element vor Ort eindeutig als die oberste Befehlsstelle installiert. Von der politisch-hierarchi-

schen Konfiguration her gibt es allerdings Parallelen zwischen Desert Storm und Alba: in beiden Fällen handelt es sich - zumindest organisatorisch - um eher NATO-ferne Operationen mit einer individuellen "lead nation", in dem einen Falle die USA und im anderen Italien. Vom Operationsziel her bestand selbstredend vom Anbeginn an ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den beiden Unternehmen.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit einer Art von Operation, wo die militärische Komponente im wesentlichen zum Schutz der zivilen Vertreter der internationalen Gemeinschaft wirken soll; in einer Situation, die nicht mehr unmittelbare militärische Lösungen verlangt, aber wegen der gegebenen Labilität der politischen und sicherheitsmäßigen Lage einen bewaffneten Schutz für die in der Region agierenden zivilen internationalen Elemente erfordert.

Es sollen hier also im wesentlichen einige einschlägige Aspekte der Operation in Albanien im Jahre 1997 ("Alba") herausgegriffen werden, wobei in einzelnen Punkten auch IFOR bzw. SFOR in Bosnien-Herzegowina als Beispiel für unterschiedliche Auffassungen zwischen Militärs und Zivilisten herangezogen wird. Es handelt sich also nach der gängigen militärpolitischen Diktion um die praktischen Erfahrungen mit einem

modifizierten asymmetrischen Mischbetrieb von peacemaking und peacekeeping in Form einer Koalitions"kriegs"führung außerhalb der organisatorischen Strukturen der NATO.

Wobei "Kriegsführung" – unter Anführungszeichen gesetzt - eben im Sinne der Abwehr von Anarchie, als Kontrolle von paramilitärischem Band(it)entum krimineller und "politischer" Ausrichtung sowie als Einhaltgebietung von militaroider Verwilderung der Zivilbevölkerung zu verstehen ist; mit dem Hauptzweck, die internationale Gemeinschaft beim politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Zielländer zu unterstützen. Vielleicht finden militärwissenschaftliche Spezialisten diese Formulierung nicht ganz zutreffend im Sinne von "military correctness". Zu meiner Entschuldigung darf ich anführen, daß ich nie auf einer Kriegsschule war...

Der Anlaßfall

Der Anlaß zur Operation Alba in Albanien war ein Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und eine mit blutigen Ausschreitungen einher gehende Anarchie in weiten Teilen des Landes in den ersten Monaten des Jahres 1997. Der Funke, welcher die Volkswut zur Explosion brachte, war eine für die breite Öffentlichkeit ohne Vorwarnung in Erscheinung tretende Zahlungsunfähigkeit etlicher mit hohem Risiko arbeitenden Investmentgesellschaften; aber im Hintergrund des Geschehens zeichnete sich eine viel tiefer gehende gesellschaftliche Malaise mit politisch-ideologischen Vorzeichen ab, mit Vorwürfen von Wahlschwindel, Korruption und einer weite Schichten erfassenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System.

Das Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Entschluß zur Entsendung einer bewaffneten internationalen Streitmacht nach Albanien entstand aus der Einsicht der internationalen Gemeinschaft, daß zivile Hilfs- und Koordinationsmaßnahmen im Hinblick auf die existierende Anarchie ohne militärischen Schutz nicht durchführbar sein würden. Aber auch die albanischen politischen Kräfte rangen sich zu der Ansicht durch, daß es eines auswärtigen Schutzes gegen die eigene anarchische Zerstörungswut bedürfe, und so richteten am 13. März 1997 der Staatspräsident *Sali Berisha* und der neu ernannte Ministerpräsident der gerade gebildeten "Regierung der Nationalen Versöhnung" *Bashkim Fino* gleichlautende Schreiben an die WEU zu Händen des Ratsvorsitzes der EU mit der Bitte um Entsendung einer internationalen Streitmacht.

Zwischen den ausländischen Protagonisten der Hilfsaktion gab es dabei einige Zeit lang eine Diskussion, ob man eine militärische Streitmacht oder ein Polizeikontingent entsenden sollte; der am 4. März 1997 vom dänischen OSZE-Vorsitz bestellte "Persönliche Vertreter" für Albanien, Bundeskanzler a.D. *Dr. Vranitzky*, neigte anfangs eher zu einer Polizeitruppe, aber es setzten sich dann ziemlich rasch die Verfechter einer militärischen Komponente durch.

Alle diese Entwicklungen spielten sich zwischen Anfang März und Mitte April 1997 ab. Die Konsultationen verliefen parallel auf EU-, OSZE- und nationalstaatlicher Schiene, wobei die Koordinierung aus Zeitgründen weitgehend per Telefon und persönlichen Ad-hoc-Gesprächen erfolgte. Die EU hatte schon am 24. März in einer Ratssitzung erklärt, daß sie die in Durchführung begriffenen Bemühungen gewisser Mitgliedsländer, über Wunsch der albanischen Regierung eine multinationale Schutzstreitmacht bereitzustellen ("assemble"), begrüße.

Schließlich entschied man sich endgültig für ein militärisches Schutzinstrument, wobei Italien sehr bald als der eigentliche Initiator und schließlich auch als formalisierte "*lead nation*" auftrat.

Die völkerrechtliche Grundlage für die Intervention wurde durch die SR-Resolution 1101 vom 28.3.1997 geschaffen, nachdem schon einen Tag vorher der Ständige Rat der OSZE mittels Entscheidung 160 ein "ziviles" Mandat beschlossen hatte, welches in sehr verklausulierter Form eine militärische Bedeckung ("*appreciates that certain participating states are willing to meet the official request made by the Albanian authorities ...for assistance in resolving the security situation in Albania...*") für die dorthin zu entsendenden internationalen Missionen billigte. Für die Gesamtheit der Teilnehmer kreierte man die in deutscher Übersetzung etwas merkwürdig klingende Bezeichnung "*Coalition of the Willing*".

Spannungsverhältnis zwischen zivilem und militärischem Mandat

Nun gab es also zwei Mandate, ein ziviles (durch die OSZE) und ein militärisches (für die Schutztruppe, für welche die Bezeichnung "*Multinational Protection Force*" gewählt wurde). Das bei internationalen Einsätzen so wichtige Akronym lautete zuerst MNPF, dann MPF; in der Praxis vor Ort bürgerte sich jedoch mehr und mehr die Abkürzung "FMP" der italienischen (und französischen!) Bezeichnung ein, die auch in offiziellen Dokumenten der Militärs, auf

Fahrzeugen und z.B. auch am Hauptquartier des ATCON (ö. Kontingent) verwendet wurde (für die vorliegende Arbeit wird durchgehend "MPF" verwendet).

Da die Truppe zum Zwecke der Ermöglichung der Implementierung der zivilen Aufgaben der beteiligten internationalen Organisationen entsendet wurde, wäre es logisch gewesen, wenn man die Mandate vom Anfang an zeitlich und inhaltlich entsprechend synchronisiert hätte, um Probleme bei der Anforderung von Schutzaufgaben für die Durchsetzung der politisch-demokratieunterstützenden Zielvorgaben der internationalen Gemeinschaft hinten zu halten.

Dem war aber leider nicht so. Die in der Resolution 1101 umrissenen Aufgabenstellungen für die MPF zerfielen in zwei ziemlich klar formulierte Punkte:

1. Ermöglichung der sicheren und prompten Lieferung von humanitärer Unterstützung
2. Schaffung eines sicheren Umfeldes für die Missionen der internationalen Organisationen in Albanien mit Einschluß derer, welche humanitäre Hilfe beistellen

Die Verlängerung und Erweiterung des VN-Mandates

Die Mission war mit drei Monaten vom Tag der Beschlußfassung der Resolution begrenzt. Damals war aber schon bekannt, daß nach dem 9-Punkte-Abkommen der albanischen Parteien vom 9. März "bis Ende Juni" allgemeine Wahlen stattfinden sollten. Eine Schutztruppe unmittelbar vor dem Zeitpunkt abzuziehen, an dem in einem so unruhigen und von inneren Krisen geschüttelten Land gewählt wird, wobei die Unterstützung und die Überwachung des Wahlvorgangs eines der Kernstücke des (zivilen) OSZE-Mandats bildete, schuf vom Anfang an gewisse Spannungen in den Auffassungen bzw. Zielrichtungen zwischen den zivilen und militärischen Strukturen vor Ort, welche nur durch mühsame und langwierige Gespräche auf einer Vielzahl von Verhandlungsebenen schließlich doch noch im wahrhaft letzten Augenblick ausgegült werden konnten.

Ein weiterer erschwerender Faktor lag darin, daß die zivilen Hauptquartiere in Wien (OSZE-Sekretariat), Kopenhagen (OSZE-Vorsitz), Brüssel (EU) und Straßburg (ER) beheimatet waren, die Leitung der MPF jedoch einem erst ad hoc geschaffenen Lenkungsausschuß (Steering Committee) in Rom oblag, welches am 4. April mit einer diplomatisch-militärischen Doppelbesetzung seine Tätigkeit aufnahm.

Vom Anbeginn hatten sich die USA, Großbritannien und Deutschland aus einer aktiven Beteiligung an dem militärischen Sektor der Albanienaktion herausgehalten. Auch das NATO-Hauptquartier war nicht direkt beteiligt. Damit waren die eingespielten Strukturen der NATO und auch der WEU (wenn man von dem Polizeiausbildungsprojekt MAPE, welches vom damaligen WEU-Vorsitzland Frankreich forciert wurde, absieht) spürbar (und "violently", wie dies auf englisch so schön lautmalerisch gesagt wird) "absent".

Die zu kurze Dauer der militärischen Mission und deren inhaltlich zu restriktives – oder zu eng interpretiertes? – Mandat wurden durch die SR-Resolution 1114 vom 19. Juni 1997 – 10 Tage vor der Wahl! – einer Korrektur unterzogen. Die Verlängerung erfolgte auf 45 Tage, also bis zum 13. August. Die Textierung von 1114 hinsichtlich der nunmehr novellierten Operationsermächtigung für die

MPF weist die bei diffizilen Kompromißlösungen typische Mixtur von unnachahmlichem UN-"Pidgin-Englisch" und Glaspalast-Rabulistik auf, welche den "Unwilligen" in der "Coalition of the Willing" noch immer Hintertürchen für Rückzieher bei der Organisation des Schutzes der Wahlbeobachtung offenließ, den wirklich "Willigen" jedoch eine zusätzliche Rückendeckung verschaffte.

Ich habe oben bereits die Frage der Dauer des Mandates laut SR-Resolution 1101 angesprochen: es lief genau am Tag vor der Wahl ab. Als bei der 7. Sitzung des Lenkungsausschusses am 14. Mai der italienische Vertreter die Verlängerung des Einsatzes aufgriff, bezeichnete der französische Vertreter dies als eine "verfrühte Thematisierung". Solche Querschüsse mußten wir vor Ort doch eher als Torpedierung unserer Arbeit betrachten. Als dann 10 (!) Tage vor der Wahl das Mandat der MPF verlängert worden war, verlangte der französische Befehlshaber anfänglich, daß er nur in seinem Stationierungsbereich die Eskortierung der Wahlbeobachter übernehmen würde, was aus auf der Hand liegenden Gründen die Einsatzfähigkeit des französischen Kontingents für die Zwecke der Wahlbeobachtung stark einschränkte: die Ausfächerung beim Wahleinsatz und die Einsatzpläne für die Wahlbeobachter waren eben den Stationierungsbereich überschreitend. Außerdem saßen die Franzosen in dem relativ sicheren Küstengebiet um Durazzo (Durrës). - Erst ziemlich spät wurde eine zumindest teilweise Einigung über die zu befahrenden Routen erzielt.

MPF - der maßgeschneiderte militärische Arm?

So habe ich - ohne Fragezeichen! - in einem Vortrag, den ich am 11. Dezember 1997 bei einer Balkantagung der deutschen Bundesakademie für Sicherheitspolitik in München hielt, die Aktion ALBA, die "*Multinational Protection Force*" mit Lenkungsausschuß etc. genannt. Würde ich diesen Ausdruck heute rückblickend auch wieder verwenden? Objektiv stimmt daran, daß der militärische Komplex für Albanien extra formiert wurde, außerhalb der bestehenden multinationalen Sicherheitsstrukturen. Mit dem "Maß" ist dies so eine Sache, auch bei einem guten Schneider können sich in ein an sich gut sitzendes Sakko irgendwo ein paar störende Fältchen einschleichen.

MPF, Tatsachen und Zahlen

Es ist hier nicht der Platz, ALBA mit ihren objektiven materiellen Daten, Größen, Ausrüstungen und tatsächlichen Sachleistungen erschöpfend zu beschreiben. Es gibt darüber sehr detaillierte Berichte an den Sicherheitsrat und an den Ständigen Rat der OSZE; so Bericht Nr.8 des italienischen OSZE-Vertreters in Wien vom 17. Juli 1997 über den Wahleinsatz der MPF und den Abschlußbericht (Nr. 9) vom 21. August 1997, welcher die einzelnen Aktionen des Militärs mengen- und streckenmäßig auflistet: so z.B. 1397 Tageseskorten, 943 Lufttransporte, 59 Seetransporte mit 3772 Navigationsstunden etc.

Hiebei wird bemerkt, daß die Tätigkeit auf See nicht in die vorliegende Betrachtung einbezogen wurde, genau so wenig wie die meist von italienischen Kräften durchgeführte Bewachung der albanischen Küsten, welche hauptsächlich dazu diente, das Schlepperunwesen und Fluchtbewegungen der Albaner über die Adria hintanzuhalten, was nur teilweise gelang. Dies ist nicht zu verwundern, wenn man weiß, daß in manchen Orten Südalbanien die Abwicklung der

illegalen Menschentransporte einen der Hauptfaktoren der Arbeitsbeschaffung darstellt.

Die MPF bestanden aus einem Konglomerat von Kontingenten aus zunächst acht Ländern (nachstehende Aufzählung nach den Mannschaftsstärken am 9.5.1997):

Italien	2.980
Frankreich	930
Türkei	780
Griechenland	730
Rumänien	400
Spanien	340
Österreich	130
Dänemark	60
<hr/> Summe	<hr/> 6.350

Später stießen Belgien, Slowenien und Portugal mit jeweils kleinen Einheiten hinzu. Italien führte das Kommando in Rom (Admiral Guido Venturoni, derzeit bei der NATO in Brüssel) und vor Ort (Generalleutnant Luciano Forlani, vorher Kommandeur des 3. Armeekorps).

Während der Wahl wurde die Truppenstärke auf ca. 7200 aufgestockt, wobei Italien, Griechenland und die Türkei die zusätzlichen Truppen stellten. Schon Mitte Juli setzte der Abzug, beginnend mit den Rumänen, ein, welcher am 13. August beendet war.

In diesem Zusammenhang soll noch ergänzend bemerkt werden, daß von italienischer Seite ein bilateraler Vertrag über die anschließende Stationierung eines "Reparto Italiano in Albania" zusammen mit einer vom italienischen General Cantone geführten Militärmission vorbereitet worden war. Der "reparto" (Abteilung?) sollte 300 – 400 Fallschirmjäger umfassen.

Dieses Projekt kam jedoch in dieser Form nicht zur Ausführung, weil sich der damalige albanische Ministerpräsident Nano (SP), dessen Partei aus den Wahlen vom 29. Juni als Sieger hervorgegangen war, strikt gegen die Fortsetzung einer ausländischen militärischen Präsenz aussprach. Bei meinem Besuch, den ich ihm am 24. Juli unmittelbar nach seiner Amtsübernahme abstattete, sagte er mir wörtlich, die internationalen Anstrengungen für Albanien müßten "demilitarisiert" werden. Gleichzeitig befürwortete er eine internationale Kooperation auf dem Sicherheitssektor (NATO-PfP, WEU, bilateral mit Italien, Griechenland). Aber er wollte kein ausländisches Kommando mehr auf albanischem Boden sehen. Doch auch Militärexperten wollen geschützt werden, und so kam doch nach und nach wieder ausländisches militärisches Personal ins Land, aber diesmal ohne Befehlsgewalt.

In einem ganz anderen Licht und mit geänderten Vorzeichen stellt sich die Lage nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten über den Kosovo dar. Doch diese Entwicklung ist nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

MPF-Aktivitäten im Lichte der offiziellen Dokumentationen

Die Erforschung der einzelnen Bemühungen und Positionen bezüglich der Einbindung des Militärs in die innere Befriedung Albaniens und dessen tatsächliche Leistungen anhand der zahlreichen Berichte, die zu diesem Thema verfaßt worden sind, wäre meines Erachtens eine sehr lohnende Aufgabe, um das Agieren einer Ad-hoc-Friedensstreitmacht "in the making" zu studieren und auch anhand von Zahlenmaterial und nüchternen statistischen Daten eine objektive Evaluierung vorzunehmen.

Es stünde hiezu reichhaltiges Quellenmaterial zur Verfügung:

1. Anforderung der Streitmacht durch die albanischen politischen Kräfte am 13.3.1997.
2. Noten der italienischen und der albanischen Vertretung bei den UN hinsichtlich der Beschlußfassung über die MPF durch den Sicherheitsrat (27.3.1997).
3. Berichte des Lenkungsausschusses in Rom an den Sicherheitsrat (11 Berichte).
4. Berichte der italienischen OSZE-Delegation (als "lead nation") an den Ständigen Rat
5. der OSZE in Wien (9 Berichte, der letzte stammt vom 21. August 1997).
6. Berichte der österreichischen Delegationen beim Lenkungsausschuß an die Zentralstellen in Wien (es wurden dabei jedes Mal Berichte an das BMAA und an das BMLV übermittelt, da abwechselnd Vertreter der Botschaft oder der Zentrale des Außenamtes und auch österreichische Militärs – Militärattaché oder vom BMLV entsendete Offiziere – an diesen Sitzungen teilgenommen haben).
7. Berichte der österreichischen Militärs, die an den "Planungstreffen" (planning meetings) in Rom teilgenommen haben. Dies waren von den Militärverwaltungen der truppenstellenden Staaten beschickte Unterausschüsse, welche ad hoc einberufen wurden, um die Arbeit des Lenkungsausschusses hinsichtlich der operationellen Modalitäten der MPF vorzubereiten.
8. Tägliche Lageberichte von "COMANFOR", die "*ALBA restricted*" bei allen Kontingenten zirkuliert wurden.

Hier ist nicht der Raum, um auf alle diese Schriftstücke in Form einer umfassenden Analyse einzugehen.

Die Begleitumstände des albanischen Hilferufs

Ich möchte nur anmerken, daß die ersten dokumentarischen Unterlagen von albanischer Seite unter etwas merkwürdigen Umständen produziert wurden. Angesichts der plötzlich hereinbrechenden Anarchie und der Distanzierung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch vieler Beamter von Präsident *Berisha* befand sich dieser bei Verfassung des Ersuchschreibens wegen der Entsendung einer internationalen Streitmacht fast allein in seinem Palais; so rief er persönlich bei gewissen Botschaftern an, um zu fragen, an wen er das Gesuch richten solle. Auch hinsichtlich der Textierung gab es zuerst Schwierig-

keiten, das Staatsoberhaupt hatte in der ersten Phase keine Kommunikation mit seinem Außenministerium. Schließlich wurden die beiden gleichlautenden Schreiben von *Berisha* und Ministerpräsident *Fino* an die WEU zu Händen des Ratsvorsitzenden der Europäischen Union, den holländischen Außenminister *van Mierlo*, abgesendet. Dieser zirkulierte das Schreiben bei den Mitgliedern und so entstand, wie schon erwähnt, die als "*Coalition of the Willing*" bezeichnete Gemeinschaft der Truppensteller; diese setzten sich aus NATO- und EU-Staaten und solchen, die es werden wollen, zusammen.

Die Briefe der albanischen Politiker betreffend Entsendung einer Streitmacht sind übrigens auch vom Standpunkt des angesprochenen Umfangs des Mandats und der von albanischer Seite für erforderlich gehaltenen "*Rules of Engagement*" im Rahmen dieser Untersuchung von einem gewissen Interesse. *Berisha* und *Fino* sprechen von der Notwendigkeit der Vermeidung eines Bürgerkrieges und einer weiteren regionalen Destabilisierung und verlangen zu diesem Zweck "*a direct and rapid military aid from the Western European Union*" (meines Wissens ist dies das erste an die WEU gerichtete Ersuchen eines betroffenen Staates um militärische Hilfe in der Geschichte dieser Organisation gewesen).

Und weiters heißt es in dem Brief: "*I think a credible military presence will have an immediate deterrent effect here.*" Dabei war impliziert – das weiß ich auch aus späteren Gesprächen mit Präsident *Berisha* und Ministerpräsident *Fino* –, daß die Schutztruppe das *ganze* Land zernieren und überall in einer solchen Weise in Erscheinung treten sollte, daß alle Eventualitäten betreffend Anarchie, selbstherrliches Regieren durch nicht verfassungsgemäß gewählte, Organe und Freibeutertum im Keime erstickt würden. Dies war ja bekanntlich nicht der Fall, und auch die vorübergehende und sehr ausgedünnte Besetzung weiterer Landstriche vor und während der Wahl am 29. Juni brachte in dieser Hinsicht nur gerade so weit Abhilfe, daß die internationalen Wahlbeobachter mehr oder minder unbehindert ihre Arbeit verrichten konnten.

Andererseits ist auch bezeichnend, daß in dem gemeinsamen 9-Punkte-Abkommen der albanischen Parteien vom 9. März 1997 das Ersuchen um eine ausländische Streitmacht noch in keiner Weise erwähnt wird. Man gibt sich in diesem Dokument noch der Illusion hin, innerhalb einer Woche die aus den militärischen Depots geplünderten ungeheuren Mengen an Waffen selbst wieder alle einsammeln zu können! Später verlangte man dann - vergeblich -, daß sich die MPF mit dieser Frage beschäftige.

Für das Verlangen um Hilfestellung durch ausländisches Militär schuf man – ganz im Sinne verfassungsmäßiger Korrektheit – am 30. März ein eigenes Gesetz über "Aufnahme einer multinationalen militärischen Streitmacht in Albanien zur Unterstützung von humanitären Operationen". Im Artikel 1 wurde der Zweck der Aktion definiert: "*To accept in Albania a multinational military force to help the Albanian legitimate authorities in facing the problems concerning the security of the country.*" Es wurde in Artikel 4 auch verlangt, daß die MPF "... regulates its actions only with the Council of Ministers and other ... legitimate authorities."

Diese Bestimmung ist meines Wissens nur sehr oberflächlich implementiert worden. Die Koordinierung erfolgte hauptsächlich von Rom aus über den Lenkungsausschuß und mit der OSZE/ODIHR hinsichtlich der Wahl. In

manchen Regionen gab es, zumindest in den ersten Monaten, auch gar keine Staatsgewalt, vor allem im Süden des Landes, wo sogenannte Bürgerkomitees und Komitees des öffentlichen Heils das Chaos administrierten.

Militärisch-zivile Denkvariationen in der Praxis

In der Folge soll eine Art Paradigmenkatalog von solchen unterschiedlichen Herangehensphilosophien ("*approaches*"), welche den Keim zu Friktionen in sich tragen, erstellt werden. Allerdings muß hier ein wesentliches caveat gemacht werden: in manchen Fällen war die originäre Urheberschaft solcher von den zivilen internationalen Elementen vor Ort als störend bis zweckwidrig empfundenen Handlungsweisen, die vordergründig von den Militärs ausgingen, nicht klar erkenntlich. Es gab auch Fälle, wo sich offensichtlich egoistische Länderinteressen mit militärspezifischen Überlegungen zu einer (un-)glücklichen Symbiose vereinten.

Die Verbunkerung

Militärs lieben es von ihrer Ausbildung her, sich einzubunkern und eine Reserve von absoluter Sicherheit (die bewußten 150%!) vorzusehen. Das Beispiel ALBA in Albanien, wo das Hauptquartier selbst für den Chef der OSZE-Mission, der mit der Koordination der internationalen Hilfsaktion beauftragt war, schwer zugänglich blieb, wurde schon angeführt.

Hier möchte ich auch noch auf meine Erfahrungen in Bosnien zurückgreifen. Die SFOR (früher IFOR) hat ihr Hauptquartier in einem Vorort von *Sarajevo*, in *Ilidza*, einem Kurort mit einer größeren Zahl von heißen Quellen. Schon in der Zeit der österreichisch-ungarischen Verwaltung (1878 – 1918) wurde dort ein Komplex von Kurhotels errichtet; nach dem 2. Weltkrieg hat man dieses Kurzentrum weiter ausgebaut.

Nach dem Abschluß des Daytonvertrages im Spätherbst/Winter 1995 hat man dort das Hauptquartier von SFOR installiert. In der Zwischenzeit ist übrigens in der Nähe des Flughafens von *Sarajevo* ein neues militärisches Zentrum – das *Camp Butmir* – im Aufbau begriffen, welches *Ilidza* ersetzen soll

(Hierzu eine kurze historische Zwischenbemerkung: In der Suite im 1. Stock des Hotels "Bosna" in *Ilidza*, von wo am 28. Juni 1914 *Erzherzog Franz Ferdinand* und seine Gemahlin zu ihrer verhängnisvollen Fahrt in das Zentrum von *Sarajevo* aufgebrochen sind, befindet sich jetzt das Schlafquartier des Oberkommandierenden der SFOR...)

Aber jedenfalls ist *Ilidza* ein sehr gutes Beispiel für das Phänomen der Verbunkerung. Das Hauptquartier ist nach außen dermaßen abgeschirmt, daß man die Gebäude gar nicht wahrnehmen kann, wenn man nicht eine Zutrittserlaubnis erhält. Für die Bevölkerung, aber auch für die meisten Angehörigen internationaler Organisationen, die sich nicht im Besitze eines Zutrittsscheines befinden, ist das Kommando ein unwirkliches, unsichtbares Wesen, welches nach außen nur seine Muskeln in Form von Radpanzern und APC's spielen läßt, welche durch die Straßen *Sarajevos* rollen, sonst aber hinter dem Kranz von Bäumen und Stacheldraht eine Art von anonymer Herrschaft ausübt.

Der Umgang mit Kriegsverbrechern

Nochmals Bosnien und SFOR: 1993 wurde durch Sicherheitsratsbeschluss das ICTY geschaffen, das "Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien". Die Suche nach den Kriegsverbrechern auf dem Boden der Nachfolgestaaten der ehemaligen SFRJ erfolgte nach Listen. Die Festnahme von Personen, die verdächtig sind, Kriegsverbrechen begangen zu haben, obliegt in der Regel der SFOR.

Die Umstände, unter denen verschiedene Kategorien von Listen aufgestellt worden sind bzw. weiterhin aufgestellt werden sowie die Kriterien und das Procedere, nach denen die Aufsuche bzw. Inhaftierung zeitlich gestaffelt erfolgt, entbehrt jeglicher Transparenz und hat in Bosnien und Herzegowina immer wieder zu Unruhen und innenpolitischen Problemen geführt (wobei Transparenz natürlich in diesem Falle nicht bedeutet, daß man alles den Medien zur Veröffentlichung preisgibt; gemeint ist eine sinnvolle Koordinierung unter den maßgeblichen Vertretern der internationalen Gemeinschaft).

Es gibt *offene* und *geheime* Kriegsverbrecherlisten, wobei der Hauptunterschied der sein dürfte, daß die Personen, welche auf der offenen Liste figurieren, wissen, daß sie gesucht werden (z.B. *Karadzic*, *Mladic*), sich aber im Inland in Sicherheit wiegen bzw. sich verstecken; während die "geheimen" den Umständen nach offenbar keine Kenntnis davon haben, daß sie auf der Liste stehen. Jedenfalls gibt es hier eine Reihe von Merkwürdigkeiten, von denen manche aus faktisch-politischen Erwägungen vielleicht erklärbar scheinen, bei anderen Fällen ist eine solche Rationalität nicht nachvollziehbar.

Beispiele: Herr *Karadzic*, dessen Gesicht beim Gros der internationalen Vertreter als bekannt vorausgesetzt werden darf, hat noch längere Zeit nach dem Daytonvertrag in einem bekannten Fischlokal in Pale, der früheren Hauptstadt der Republika Srpska, Rücken an Rücken mit Mitgliedern (auch militärischen) des internationalen Establishments sitzend, seine Forellen verspeist. Er geschah ihm nie etwas, offenbar weil man fürchtete, seine Festnahme könnte größere innere Unruhen auslösen. In letzter Zeit allerdings hält er sich, ebenso wie *Mladic*, eher verborgen oder wechselt nach Jugoslawien hinüber.

Andererseits wurden Leute inhaftiert, mit welchen man noch kurze Zeit vorher am Verhandlungstisch gesessen ist, welche jahrelang einem Zivilberuf, z.B. als Lehrer, nachgegangen sind, ohne daß man den geringsten Hinweis gegeben hätte, die betreffenden Personen würden schwerer Verbrechen verdächtig. Es geht hier gar nicht um die Substanz der Verdachtsmomente, diese dürften sehr gut recherchiert und durchaus fundiert sein. Aber warum diese Verhaftungen stets einzeln und in unregelmäßigen längeren Abständen, in Form von ständigen Nadelstichen gegen nationale – vor allem serbische – Empfindlichkeiten, die auch zu gewalttätigen Ausbrüchen führen, vorgenommen werden, statt einer einmaligen oder einiger weniger Großaktionen, dies konnte mir niemand erklären.

Die manchmal gehörte Argumentation, man hätte erst nachträglich und "vor kurzem" von den verbrecherischen Aktivitäten des mutmaßlichen Delinquenten erfahren, klingen bei Kenntnis der lokalen Verhältnisse schlicht als unglaubwürdig.

Im Vorjahr wäre um ein Haar ein österreichischer ECMM-Monitor zu Tode getrampelt worden, weil er zufällig in eine Protestversammlung geriet, in welcher die Festnahme des Generals *Krstic* (bis dahin Korpskommandant der Armee der Republika Srpska) Gegenstand von feindlichen Ausländerparolen war. Die Menge unterscheidet dann nicht zwischen den verschiedenen Organisationen, und besonders jeder, der eine "Uniform" trägt (die ECMM geht bekanntlich weiß gekleidet ihrer Tätigkeit nach), ist in ihren Augen "kidnapping-verdächtig".

Die Festnahmen erfolgen durch Sonderkommandos der SFOR, welche, wie mir Insider erzählten, bei solchen Gelegenheiten ohne Rang- und Nationalitätsabzeichen agieren. Der Zeitpunkt wird im ICTY (oder auch noch anderswo?) bestimmt und über eine streng geheime militärische Kommunikation an die ausgewählte Einsatzgruppe mitgeteilt. Der höchste zivile Vertreter der internationalen Gemeinschaft in Bosnien hat die Nachricht vom Arrest dieser Personen bisher immer erst im nachhinein erfahren, wie er sich mehrmals in kleinerem Kreis beklagt hat. Er kann also auch in keiner Weise sein Votum hinsichtlich einer solchen Maßnahme abgeben, obwohl er ja in erster Linie für die innere Stabilisierung des Landes verantwortlich ist. Wie kann er eine solche Verantwortung in einem labilen Staatsgebilde "wider Willen" ausüben, wenn er von Entscheidungen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und für die Erreichung einer interethnischen Befriedung von höchstem Stellenwert sind, ausgeschlossen bleibt; - und dies trotz der Tatsache, daß er in Sarajevo einem wöchentlichen Treffen der Spitzenvertreter der internationalen Gemeinschaft vorsitzt ("*Principals' Meeting*"), wo theoretisch in Gegenwart eines SFOR-Generals *en petit comité* alle wichtigen und auch vertraulichen Themen abgesprochen werden sollen?

In diesem Sinne stoßen wir hier wieder auf die Problematik der Wechselbeziehungen zwischen Zivilisten und Militärs im Bereich der internationalen Sicherheitsgewährleistung, und deswegen habe ich die Problematik im Detail geschildert. - Ob es seinem Nachfolger besser ergehen wird?

Militär und lebendige Demokratie

Dies bedeutet vom militärischen Gesichtspunkt zwar ein sehr hohes Maß an Sicherheit; man kann dort in einer "stand-off" Atmosphäre in Ruhe arbeiten. Aber andererseits hat gerade SFOR eine sehr wichtige politisch-psychologische Funktion. Es handelt sich ja in Bosnien nicht um die Durchführung offener Feldschlachten, sondern um das Heranführen einer von historischen und paranoiden Komplexen beladenen Region an die Grundlagen der Zivilgesellschaft. Und diese erfordert gerade auch von den militärischen Strukturen eine gewisse Transparenz, Zugänglichkeit, eine Fähigkeit, den betroffenen Menschen und ihren politischen Strukturen die Essenz des militärischen Sektors in einem demokratischen Staat näherzubringen. Finsteres Verschwörungsgehebe ("Schwarze Hand!") und ähnliche Unnahbarkeitsparadigmen kennen die "Ex-Jugoslawen" aus ihrer eigenen peniblen Vergangenheit. Warum ihnen ein synonymes Bild, das so gar nicht der Auffassung von der Stellung des Militärs in der westlichen Gesellschaft entspricht, so nachhaltig vor Augen zu führen?

Es kann hier nicht nur das Prinzip der absoluten körperlichen Sicherheit des militärischen Personals gelten. Die zivilen Organe der internationalen Gemeinschaft in Sarajevo sind keineswegs so versteckt und verbarrikadiert. Es ist relativ einfach, in deren Gebäude hineinzukommen, sie haben natürlich auch gewisse Schutzmaßnahmen mit Personenkontrolle etc. Aber all dies erfolgt in einer Weise, die nicht übertrieben und paranoid wirkt und durchaus auf Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Es kommt einem hier immer wieder der Gedanke: muß der Zivilist in dem internationalen System des Krisenmanagements grundsätzlich ein höheres Sicherheitsrisiko tragen als die (auch) zu seinem Schutz eingesetzten Militärs?

Dieses Bild wird auch kaum dadurch gemildert, daß SFOR in der Stadt Sarajevo – aber auch in einem Kasernenkomplex, allerdings mit leichterer Zugänglichkeit – über ein Pressezentrum verfügt, welches aber sehr medien-spezifisch aufgebaut ist und demgemäß nur von den registrierten Vertretern der Presse und auch hier wieder meist von den ausländischen Medienvertretern frequentiert wird.

Quartiermachen – die Qual der Wahl

Es gab in Albanien bei kasuistisch-empirischer Betrachtungsweise durchaus Beispiele für die Vereinnahmung ziviler Organe der internationalen Gemeinschaft durch den militärischen Arm einer friedenserhaltenden bzw. friedenschaffenden Aktion: so den Versuch der Militärs, den residenten Chef der zivilen internationalen Organisation – in diesem Falle die OSZE und mich – mit seinen Mitarbeitern bei sich "einzusperren" und von der Außenwelt abzuschirmen. Dies hätte die Implementierung der Aufgabenstellung, die vor allem auf dem Dialog mit den lokalen politischen Kräften fußt, praktisch unmöglich gemacht.

Es handelte sich bei der von militärischer (und italienischer) Seite für die OSZE vorgesehenen Ubikation um ein weitläufiges Areal in einem Außenbezirk von Tirana, wo bereits MPF-Detachments stationiert waren. Das Kommando von MPF und der italienische Botschafter verlangten sehr nachdrücklich, daß ich dort meinen Amtssitz nehmen sollte. Unter den gegebenen Umständen wäre aber kaum jemand von der albanischen Seite in diese mit Stacheldraht und militärischen paraphernalia bestückte "Burg" gekommen, um mit uns in Kontakt zu treten. Dazu kam noch, daß der Weg von dort in die Innenstadt über eine mit Schlaglöchern übersäte Straße führte, die bei Regen grundlos wurde. Fortbewegung im Auto war nur im Schrittempo möglich, jeder Passant hätte mit Leichtigkeit einen internationalen Funktionär aus seinem deutlich markierten Fahrzeug heraus"pflücken" können. Dieser Umstand allein ließ mich an einer echten Besorgnis um unsere Sicherheit seitens der Verantwortlichen zweifeln.

Hier war einerseits etwas wie sehr engstirniges militärisches Verbunkerungsdenken im Spiel: die im Sicherheitsratsmandat vorgeschriebene "Schaffung eines sicheren Umfeldes" für die zivilen Organisationen ist am einfachsten zu bewerkstelligen, wenn man letztere mitten zwischen die Bajonette eines militärischen Komplexes hineinplaciert; man muß dann nicht noch eine andere Ubikation bewachen und absichern.

Andererseits schien aber in dem bewußten Fall in Tirana auch ein politischer Hintergedanke maßgebend gewesen zu sein, für den man sicherlich nicht in erster Linie die Militärs verantwortlich machen kann: wenn sich der Chef des zivilen Büros ständig im militärischen Bereich aufhält, sind alle seine Besucher und seine eigenen Bewegungen relativ leicht zu überwachen, und man hat auch im betreffenden Außenministerium, welches das Gros der Schutztruppe stellt, einen guten Überblick über die Handlungen des Leiters des zivilen Elements, der einem anderen Staat angehört...

Es wurden dann, als ich mich gegen diese Bevormundung nachdrücklich zur Wehr setzte, in diversen Außenministerien und in der OSZE Papiere zirkuliert, in denen man mich beschuldigte, die persönliche Sicherheit meiner Mitarbeiter leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Da waren auch wieder die Militärs dabei, weil sie sich ärgerten, daß ein Zivilist und militärischer Nichtfachmann den Spezialisten sozusagen in das Handwerk pfuscht und Dinge verlangt, welche ihrer Meinung nach vom militärisch-sicherheitsmäßigen Standpunkt als unprofessionell einzustufen waren.

Bei einer solchen Aktion soll es eine gute Zusammenarbeit und gegenseitige Offenheit und Verständnisbereitschaft geben. Aber angesichts der nachfolgenden Ereignisse konnte ich mir ein bißchen billige Schadenfreude in der Folge doch nicht verkneifen:

Ich hatte mich also mit Erfolg gegen die vorgesehene Zwangsbeglückung, nämlich mich im militärischen Bereich ansiedeln zu lassen, zur Wehr gesetzt und ein für unsere Zwecke geeignetes Objekt im Zentrum der Stadt bezogen. Italienisches und österreichisches Militär verblieb auf dem uns zugedachten Platz und richtete sich dort in Zelten rund um das Gebäude, in welchem ich auch hätte arbeiten sollen, häuslich ein. Sonst befand sich dort noch das "CIMIC", das Liaisonbüro der MPF zu den zivilen Stellen.

Schon bald wurde die Freude an dem Quartier durch übelriechende Dämpfe getrübt, die bei großer Hitze und bei Regen durch Ritzen im Erdreich nach oben stiegen: das Camp befand sich offensichtlich über einer alten Mülldeponie.

Aber eines Tages waren die militärischen Einheiten von dort ganz plötzlich verschwunden, sie hatten sich über Nacht in die Umgebung der Stadt – teils in eine albanische Kaserne, teils in ein sehr ansprechendes Apartmenthotel in den Bergen über Tirana – zurückgezogen.

Was war geschehen? Offiziell hat man mich nie informiert, aber nach vertrauenswürdigen Quellen hatte sich die Sache wie folgt abgespielt: in der Nacht gab es Gewehrfeuer auf das Zeltlager. Man drohte seitens des MPF-Kommandos zurück- und die Schützen zu erschießen. Diese verfielen daraufhin auf einen primitiven, aber unter den Umständen sehr schlagkräftigen Ausweg: sie schossen mit automatischen Waffen schief in die Luft, dergestalt, daß die Kugeln genau über dem Zeltlager herunterfielen. Nach dem Newton'schen Gravitationsprinzip durchbohrten sie die Zeltdächer und gruben sich in den Zelten noch bis zu 10 cm in den Boden hinein. Als ein solches Projektil einem Kaffee trinkenden Carabinieri die gerade zum Mund geführte Espressotasse durchschlug und in einem anderen Zelt der Schlafsack eines Soldaten – der glücklicherweise gerade auf der Toilette war - durchlöchert

wurde, war es so weit: man verließ höchst eilig das Gelände, weil der erste "body bag" sozusagen schon vorprogrammiert war.

Gegen solche Kombinationen von orientalischem Geschäftssinn und balkanischer Primitivtaktik hilft auch keine noch so gründliche Generalstabsausbildung; und feste Unterkünfte waren auf diesem Terrain nicht so schnell zu beschaffen, oder hätte man etwa mittels Hubschrauber vorfabrizierte solidere Quartiere heranbringen können?

Warum hatte man eigentlich geschossen? Es schien sich nicht um eine Feindseligkeit gegen die MPF als solche zu handeln, sondern um einen Streit um Schutzgeld von der Schule, welche sich auf dem Gelände befand. Diese hatte offenbar eine weitere Zahlung abgelehnt, weil sie sich durch die MPF-Einheiten hinreichend gegen weitere Erpressung gesichert sah. Die Reaktion der "Beschützer" war dann die oben beschriebene. Also man hätte wohl bazarmäßig an die Sache herangehen und "verhandeln" müssen ... aber solche orientalische Imponderabilien lernt man eben nicht im Generalstabskurs.

Die nicht stattgefundene Kampagne gegen die Waffeninflation

Die Einsammlung der Waffen, welche die Bevölkerung vor allem im Laufe des Februar und März aus den Militärdepots geplündert hatte oder die an vertrauenswürdige Anhänger der Demokratischen Partei (DP) gegen Empfangsbestätigung zum Schutz des bis anfangs März im Amt befindlichen DP-Regimes von Präsident *Berisha* ausgeteilt worden waren, stellte ein äußerst heikles, aber andererseits für die Befriedung des Landes sehr wesentliches Problem dar.

Von albanischer Seite wurde hierfür die Assistenz und Mitwirkung der MPF verlangt. Aus Kompetenzgründen (nicht im Mandat vorgesehen?) im Hinblick auf die "Rules of Engagement" ("ROE") und auf die zu geringe Mannschaftsstärke der MPF wurde dies jedoch von COMALBA stets abgelehnt.

Im Zusammenhang mit einem Explosionsunglück am 30. April 1997 in der Nähe der albanischen Stadt *Burrel* (nordöstlich von Tirana), bei welchem mehr als 20 Menschen den Tod fanden (Zivilisten waren in ein unterirdisches Munitionsdepot eingedrungen und hatten versucht, mit Hämmern und Zangen das Pulver aus einer Granate zu entfernen, um die Metallteile als Schrott zu verkaufen), erklärte man seitens der MPF, daß auch der Schutz der Munitions- und Waffenlager nicht in ihren Aufgabenbereich falle und sie jedenfalls schon aus Mangel an Personal nicht in der Lage wäre, eine solche Tätigkeit auszuüben.

MPF in der medialen Präsentation

Bei den täglichen Pressekonferenzen des CIMIC/MPF (Informations- und Koordinierungszentrum) kamen in Gesprächen mit Journalisten immer wieder die Grenzen des MPF-Mandats, so wie es vom Kommando ausgelegt wurde, zum Vorschein. So wurde z.B. ein Autobuschauffeur von Banditen auf offener Straße verprügelt. Italienische Soldaten kamen zufällig vorbei, die Übeltäter verschwanden. Die Italiener eskortierten den Chauffeur mit seinem Bus nach Tirana. Da der italienische Informationsoffizier erklärt hatte, daß die MPF keine Polizeiaufgaben zu erledigen hätte, wurde gefragt, warum man dann den Fahrer doch geschützt hätte. Die Frage erzeugte zuerst eine gewisse

Verwirrung, aber dann kam die Erklärung: Nach den *Rules of Engagement (ROE)* kann MPF intervenieren, wenn eine Handlung mit den Menschenrechten in Widerspruch steht. Die Entscheidung darüber liege beim örtlichen Kommandanten.

In der Frage der Sicherung der humanitären Lieferungen durch die MPF: die Pressestelle der MPF erklärte den Journalisten, die regelmäßigen Naheskorten (*close escort*) ebenso wie die Bewachung von Depots von Hilfslieferungen gehöre nicht zu den Aufgaben der Truppe. Aber wenn es Transporte gab, so unternahmen Fahrzeuge der Force bisweilen wie zufällig Patrouillenfahrten ("*route recce`s*") auf der gleichen Strecke, und die zivilen Konvois versuchten sich dann oft anzuhängen.

Andererseits wieder gab es das Problem, daß das IKRK, welches weitgehend die Medikamenten- und Spitalsgüterlieferungen durchführte, es ablehnte, eskortiert zu werden, weil dies gegen die Rotkreuz-Prinzipien verstoßen würde.

Jedenfalls bewiesen die Militärs, welche mit der Pressebetreuung beauftragt waren und die täglichen Pressekonferenzen abhielten, nicht immer das Geschick, aus einer oft etwas diffusen und nicht ganz eindeutig geregelten Situation das Beste zu machen.

Diese Art von Interpretationen der Kompetenzen und der ROE wurde auch uns häufig entgegengehalten, falls wir vom MPF-Kommando Hilfe benötigten. Es erhebt sich dabei die Frage, wer hier hinter der besonders strikten Auslegung steckte. Es waren in vielen Fällen die Militärs selbst, die den ihnen eingehämmerten Befehl

"No bodybags!"

so anwenden wollten, daß auch nicht das entfernteste Risiko entstehen konnte. Es gab aber hier merkliche Differenzierungen zwischen den einzelnen Alliierten in der Force.

Man hätte auf Grund des ersten MPF-Mandates des Sicherheitsrates ohne weiters auch die Wahlbeobachter schützen können, aber hier legten sich besonders die Franzosen, Spanier und Dänen quer; ob dies nur von den lokalen Militärs ausging oder auch die politische Spitze in den Hauptstädten involviert war, konnten wir nicht eindeutig herausfinden.

Die Befehlsstrukturen - die Frage der realen Hierarchien

Als am 12. Juni ein Team von Wahlhelfern der OSZE in *Gjirokaster* im Süden des Landes von einer Gruppe von Banditen in einem Restaurant belagert wurde, mit dem offensichtlichen Zweck sie auszurauben, ersuchten wir das MPF-Kommando um Entsatz durch die am Orte stationierte rumänische Einheit (ROMANIABAT). Zuerst konnte diese nicht erreicht werden, dann kam nach langem Zögern die Antwort: wir finden das Lokal nicht! Der genannte Ort besaß zumindest damals nur zwei Lokale, wo Ausländer überhaupt hingehen würden: Die Rumänen waren zu diesem Zeitpunkt schon fast zwei Monate in *Gjirokaster* garnisoniert und dann kam diese Antwort. Die Sache war für uns sehr heikel: wenn diese Gruppe unserer Leute ausgeraubt worden wäre oder vielleicht auch noch Körperverletzungen erfolgt wären, hätte dies das Ende der Beobachtermissionen bedeuten können; damit wäre wahrscheinlich auch die Wahl zu dem vorgesehenen Zeitpunkt verunmöglicht

worden. Es dauerte unendlich lange, bis sich die Rumänen in Bewegung setzten – vielleicht hatten sie erst in Bukarest rückfragen müssen, ob sie "dürfen". ... Als sie mit einem Radpanzer bei dem Lokal anlangten, verschwanden die Räuber ohne Gegenwehr und unsere Leute waren gerettet, aber es war nach einhelliger Auffassung von uns Zivilisten bis hinauf zum OSZE-Generalsekretär in Wien eine doch wohl unnötige Zitterpartie: nicht auszudenken, wenn einem unserer Beobachter bei dem langen Warten auf Hilfe die Nerven durchgegangen wären und er damit eine Schießerei ausgelöst hätte ...

C³ als Sprachenproblem

Schwierigkeiten bereitete in dringenden Fällen auch die telefonische Kommunikation mit dem Hauptquartier der MPF. Das CIMIC, welches an sich das offizielle Kontaktorgan gewesen wäre, war für etwas diffizilere Fragen unkompetent und außerhalb der Dienststunden meist unerreichbar. Und beim COMALBA war es ohne Italienisch oft nicht möglich, sich mit dem Diensthabenden zu verständigen. Ich bedankte mich in heiklen Momenten beim Schicksal für meine italienische Großmutter und für mein italienisches Dienstmädchen während meiner Moskauer Tätigkeit in den 50er Jahren, die mir etwas von der Sprache *Dantes* weitergegeben hatten.

Wer koordiniert wen?

In den ursprünglichen Memoranden der Europäischen Union und der OSZE war davon die Rede, daß die MPF als eine der "Säulen" des internationalen Albanien-Einsatzes unter dem "Persönlichen Vertreter" des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE (*Dr. Vranitzky*) und dessen Stellvertreter (das war ich), die als oberste Koordinatoren wirken sollten, zu arbeiten hätten. Ich hielt vom Anfang nicht viel von solchen Ideen, eingedenk meiner Erfahrungen auf dem Golan, und in der Praxis stellte es sich auch heraus, daß sich das MPF-Hauptquartier sofort an einem abgelegenen Ort einbunkerte und daß es selbst, wie schon erwähnt, für mich als "oberstem Koordinator vor Ort" schwierig war, in diese festungsartige Anlage einzudringen. Jeder - ohnehin angesagte - Besuch führte am Eingang zu hektischen Telefonaten und aufgeregtem Hin- und Hergelaufe der Wachen und Ordonnanzen, als ob der oberste Mafiachef Albaniens in eigener Person vor dem Portal harrete. An diese Modalitäten wurde ich ein Jahr später lebhaft erinnert, als ich das Hauptquartier der SFOR in Sarajevo besuchte. Dort war der "Wall", der den Stab von der Außenwelt trennte, noch viel artikulierter.

MPF und Wahl

Allerdings muß korrekterweise gesagt werden, daß nach den mühsamen, wochenlang andauernden Verhandlungen betreffend des Begleitschutzes für die Wahlbeobachter, den einschlägigen Beschlüssen des Lenkungsausschusses in Rom am 10. Juni und der Verabschiedung der entsprechenden SR-Resolution in New York am 19. Juni die Zusammenarbeit zwischen General Forlani und unserem Wahlkoordinator, dem britischen (pensionierten) Brigadier *Anthony Welsh*, sehr gut funktionierte. Es klappte zum Schluß nicht nur die Eskortierung, sondern einzelne Kontingente stellten dann auch Quartiere für das OSZE/ODIHR-Personal bereit, ohne welche sie angesichts der dar-

niederliegenden Fremdenverkehrswirtschaft in manchen Teilen Albaniens ihre bis spät in die Nacht währenden Aufgaben vor Ort gar nicht hätten erfüllen können.

Bis es soweit war, hatte der General allerdings seine liebe Not mit der innermilitärischen Organisation der Wahlunterstützung, weil viele Kontingentkommandanten spezielle Forderungen stellten bzw. Einschränkungen für ihren Bereich machen wollten, was die Einsatzplanung unnötig erschwerte. Überhaupt habe ich General *Forlani* stets bewundert, wie er mit großer Geduld und diplomatischem Geschick seine widerspenstigen Kontingentchefs, die wie Duodezfürsten in ihren Stationierungsbereichen walteten, immer wieder zu einem Minimum von gemeinsamer Aktion veranlaßte. Er mußte zweifellos einen Großteil seiner Energie auf solche koalitionäre Dispute aufwenden, und die Schuld für die manchmal schleppende Reaktion des Militärs lag sehr oft in diesem Mangel an Konsenswillen.

Die Fristen für die Vorbereitung der Wahlbeobachtung waren durch die geschilderten Verzögerungstaktiken und zähen Verhandlungen auf ein Minimum herunter gesetzt worden. Wenn auch die Albaner selbst an dieser Verschleppung Mitschuld trugen, weil sie sich lange nicht auf ein Wahlgesetz einigen konnten, hatten die Streitereien unter den Truppenstellern und zwischen den Militärkommandanten vor Ort zu dem Debakel in sehr hohem Maße beigetragen.

Unser erster Wahleinsatzleiter, ein britischer Wahlspezialist, der in seiner Funktion schon erfolgreich in Palästina gewirkt hatte, schätzte die verbliebene Zeitspanne als überhaupt zu kurz für eine solide Vorbereitung der Wahl ein und warf daraufhin das Handtuch. Die Nachfolge trat dann sein militärischer Landsmann *Tony Welsh* an, der zusammen mit dem italienischen *Commander-in-Theatre* das unmöglich scheinende doch schaffte.

Albanische Stimmzettel in MPF-Hubschraubern?

Ein bis in die letzten Tage vor der Wahl strittiger Punkt war die Frage, ob MPF-Hubschrauber – es handelte sich fast ausschließlich um italienisches Gerät – für den Transport von Stimmzetteln und Wahlurnen eingesetzt werden dürften. Das Argument war wieder die Gefährlichkeit solcher Flüge in einer Gegend, wo schon halbwüchsige Buben aus reiner Lust am Lärm ihre *Kalashnikows* gegen den Himmel richteten. Die Albaner selbst hatten nur sehr wenige flugfähige Einheiten zur Verfügung, die meisten Militärhubschrauber der albanischen Armee, die sich zum Großteil am Beginn der Wirren nach Süditalien abgesetzt hatten, waren nicht mehr flugtauglich, nur Präsident *Berisha* hatte noch eine einsatzfähige Maschine.

Schlußendlich gab es ein diskretes "Jein" zum Hubschraubereinsatz für die Wahlabwicklung. Es wurden gewisse Stimmzettelkontingente, die wegen der schwierigen Topographie sonst nicht mehr rechtzeitig an die Wahllokale hätten ausgeliefert werden können, ohne formelle Abmachung vom Flughafen der Hauptstadt aus, der ohnehin von italienischen Einheiten bewacht war, mit den dort stationierten italienischen Armee-Hubschraubern an den Bestimmungsort geflogen. Ich kann mir vorstellen, daß der italienische Oberkommandierende dabei einige schlaflose Nächte gehabt hat.

Notwendig wurden solche Flüge insbesondere auch deshalb, weil die Stimmzettel in Rom von der italienischen Staatsdruckerei gedruckt wurden (wegen befürchtigtem Wahlschwindel bei Herstellung im Inland) und die Albaner infolge interner Streitigkeiten und Desorganisation die notwendigen Daten für die Herstellung der Wahlunterlagen viel zu spät geliefert hatten.

Ich hatte zusammen mit anderen OSZE-Funktionären zweimal italienische Kampfhubschrauber für Flüge im Zusammenhang mit der Wahl benützt; einmal wurde eine Erkundigungsmaschine, die uns vorausgeflogen war, vom Boden beschossen, die Einschüsse gingen durch die Plastikkanzel knapp am Kopf des Kopiloten vorbei. Aber in diesen Fällen war die Verwendung der Maschinen offiziell autorisiert, dies fiel unter Wahleskorte und Schaffung eines sicheren Umfeldes für die internationalen Missionen.

Rolle des österreichischen Kontingents in Albanien

Das österreichische Kontingent, bei dessen am 26. April in *Durres* erfolgten Ausschiffung aus dem *LS "San Marco"* der italienischen Kriegsmarine ich persönlich anwesend war, hatte von Anfang an die Aufgabe zugeteilt bekommen, das OSZE-Hauptquartier zu schützen. Hierbei ergaben sich die schon beschriebenen Probleme zu Beginn der Aktion: die Bestrebungen, die OSZE in ein militärisches Sperrgebiet zu verbannen, welche, dies möchte ich betonen, nicht von unseren Militärs ausgingen. Nach der ursprünglichen Idee der Militärstrategen der MPF hätten uns die Österreicher praktisch an ihrem eigenen Unterbringungsort bewacht, eine von Transport und Wachauftrag her relativ einfache Mission. Aber es kam ja dann anders: ich beharrte auf meinem Quartier in der Innenstadt und die Österreicher mußten aus den beschriebenen Gründen nach einigen Tagen fluchtartig ihre Zelte in dem schon eingerichteten militärischen Compound verlassen, worauf sie sich in ein Hotel ("*Chateau Linza*") in den Bergen rund um Tirana zurückzogen. Sie hatten daher einen Anmarschweg von ca. einer $\frac{1}{2}$ – $\frac{3}{4}$ Stunde vom Quartier bis zu dem zu schützenden Objekt mit den entsprechenden logistischen Erschwernissen.

Einschätzung des österreichischen Einsatzes

Über den Einsatz des österreichischen Kontingents (ATCON) faxte ich am 27. Juli 1997 an Bundesminister *Dr. Werner Fasslabend*: "*... der Kontingents- und der Kompaniekommandant sowie die Angehörigen unserer Einheit haben sich ihrer Aufgabe mit großer Umsicht, Sorgfalt und Einsatzbereitschaft unterzogen. In den Fällen, wo sich kritische Situationen abzuzeichnen begannen, haben sie sehr tatkräftig und sachkundig die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen und allen Angehörigen der OSZE die Überzeugung vermittelt, daß sie sich in sicherer Obhut einer für solche Einsätze bestens geschulten und ihren Aufgaben in jeder Hinsicht gewachsenen Mannschaft befinden...*"

Am 3. Juli 1997 hatte ich Gelegenheit, unsere Bewacher sozusagen "unter scharfem Beschuß" agieren zu sehen. Der albanische Thronprätendent ("König") *Leka I.* machte an diesem Tag einen Protestmarsch durch die Stadt, weil er Manipulationen bei der Auszählung der Stimmzettel beim Referendum über die Wiedereinführung der Monarchie behauptete. Es begann in und um die Hauptstraße eine wilde Schießerei aus automatischen Waffen, wobei nie geklärt wurde, wer zuerst geschossen hatte (dies ist auch schwierig in einer

Gesellschaft, wo jeder zweite Zivilist bewaffnet spazieren geht). Ich war gerade auf der Fahrt vom Büro in mein Hotel und kam mitten in die Knallerei hinein. Wir fuhren geduckt sitzend zurück und unsere Soldaten öffneten sofort das Tor, stellten sich um das Auto, um allenfalls Feuerschutz zu geben und deckten mich beim Zurücklaufen ins Gebäude; sie waren alle in Helm und Splitterschutzweste und standen schußbereit hinter den Sandsäcken der Wachpositionen beim Eingangsportal und im Garten. Wenn man uns angegriffen hätte, wäre der Feind auf tatkräftigen Widerstand gestoßen. Ein solcher Fall war nicht ganz auszuschließen, weil der König auch uns – also die OSZE – beschuldigte, an seinem Debakel (er hatte das Referendum ca. 2:1 verloren) mitschuldig zu sein.

Obwohl dies vorher in der entscheidenden Sitzung des *Steering Committee* am 10. Juni von österreichischer Seite eigentlich ausgeschlossen worden war (auf Geheiß welcher Stelle, ziviler oder gar militärischer?), hat dann doch auch das ATCON – nach etlichen Telefonaten – am Personenschutz für die Beobacherteams mitgewirkt.

In allen diesen Verwendungen kann ich den Angehörigen unseres Kontingents nur das beste Zeugnis ausstellen. Ich hob in meinem Bericht an den Bundesminister für Landesverteidigung auch die Flexibilität und Interoperabilität der Einheit in diesem *"in seiner Art neuartigen multinationalen Einsatz, der sich nicht in den eingefahrenen Bahnen einer der eher traditionellen friedenserhaltenden Operationen bewegen konnte ..."*, hervor.

Bei diesem Schutz durch unsere Soldaten stellte sich ein anderes Problem, welches ich allerdings während meiner Zeit in Albanien nie aufgeworfen hatte. Während wir zwar in unserem OSZE-Büro vorzüglich bei Tag und bei Nacht bewacht wurden, ging ich außerhalb unseres "HQ" vollkommen unbewacht herum, sofern ich nicht manchmal von dem in Tirana für unsere Botschaft operierenden GEK-Detachement mit ihren gepanzerten BMW's unter die Fittiche genommen wurde. Dies war besonders bei dienstlichen Abendeinladungen angenehm, weil die Albaner ab Einbruch der Dunkelheit wie verrückt in die Luft zu schießen begannen, so daß diese oft ziemlich bleihältig wurde.

(Dazu eine Zwischenbemerkung, man stellte sich damals die Frage: sind die Albaner aus Instinkt so schießwütig? Ein sehr hochgestellter albanischer Politiker versuchte mich damals eines Besseren zu belehren: "Eine Partei" – natürlich die Gegner des Informanten! – setze gewissen Leuten ein Monatsgehalt in US-Dollar aus, damit sie sich den Wecker stellen und zu einer fixen Nachtstunde aufwachen, einige Minuten in die Luft ballern, um sich sodann wieder hinzulegen. Warum diese Munifizienz? Um zu beweisen, daß die "anderen", welche in dem Fall den Ministerpräsidenten stellten, nicht in der Lage seien, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Was tut man wirklich gegen eine solche Mentalität gemäß Staff-College Skriptum?)

Allerdings gab es dann ein etwas penibles Ende des Objektschutzes durch das Bundesheer. Die Beendigung des MPF-Einsatzes war laut SR-Resolution mit 13. August 1997 angesetzt, und uns war auch klar, daß der Abzug schon etwas früher vorbereitet werden würde. Allerdings hörte ich dann nur durch Zufall, daß unser österreichisches Wachdetachment schon ca. drei Wochen vor dem 13. August und über Nacht, praktisch ohne Vorwarnung vom OSZE-Hauptquartier abgezogen werden würde. Die dahinter stehende Hauptursache:

geordnete Abwicklung der Urlaubskonsumierung ... (das galt übrigens auch für etliche andere Kontingente; hauptsächlich die Italiener hielten bis zum Schluß aus). Ich mußte mir dann von General *Forlani* für eine Woche italienische Carabinieri ausleihen, damit wir etwas Zeit hatten, um uns eine halbwegs vertrauenerweckende albanische Wach- und Schließgesellschaft für den Schutz des OSZE-Gebäudes anzuheuern.

Ausrüstung für "asymmetrische" Einsätze

Es gab dann noch ein Problem der materiellen Ausrüstung des österreichischen Kontingents, welches ich auch in meinem Schreiben an den Bundesminister für Landesverteidigung anschnitt: *„daß aus Gründen der besseren Schutzwirkung, aber auch aus sehr schwerwiegenden psychologischen Gründen die Verwendung von gepanzerten Radfahrzeugen für Operationen à la ALBA von sehr ausschlaggebender Bedeutung wäre ... Ein Panzer (tunlichst mit Drehturm und langem Geschützrohr, möchte ich jetzt nachträglich noch hinzufügen) vor dem bewachten Objekt oder als Patrouille auf der Straße bringt nach den hier gewonnenen Erfahrungen ein kalaschnikow-durchtränktes Gehirn viel schneller zur Räson als eine noch so perfekt nach dem Lehrbuch durchorganisierte Wachabteilung.“*

Ich räumte allerdings ein, daß meines Wissens die Fahrzeuge "Pandur" damals bei uns erst in Auslieferung standen. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob es dieses Kampfmittel bei uns nur als Mannschaftstransportpanzer oder auch als Kampfpanzer mit Turmlafette gibt.

MPF als Schutzengel außerhalb des Hauptquartiers

An den oben beschriebenen Ereignissen des 3. Juli ("*Leka*"-Aufstand) gab es Tote und Verwundete, und am nächsten Tag rückte der König wieder aus, um, wie man uns mitteilte, seine Gefallenen zu rächen, wobei die Zentrale Wahlkommission gestürmt und die Stimmzettel verbrannt werden sollten. Diese Nachricht erreichte uns eben bei dieser Wahlbehörde, mit der ich gerade über den 2. Wahlgang am darauffolgenden Sonntag verhandelte. Ich befahl daraufhin meinem italienischen Mitarbeiter, den ich seit einiger Zeit bei solchen Gelegenheiten schon wegen der sprachlichen Kommunikationsschwierigkeiten in der Vergangenheit immer bei mir hatte, beim COMALBA Fallschirmjäger und Schützenpanzer anzufordern, um uns gegen den aggressiven Monarchen zu schützen. Diesmal klappte es, zwar mit einiger Verzögerung, aber doch, nach einer halben Stunde – der König und seine Tapferen waren noch nicht da – erschienen italienische APC's, das Gebäude wurde von Angehörigen des "*Folgare*" *Special Forces-Bataillon* umstellt, *Forlani* war schließlich ja auch mehrere Jahre Kommandant der italienischen Kaderdivision ("*Framework Division*") des *Rapid Reaction Corps* der NATO gewesen ... und die königstreuen Freischärler verzogen sich daraufhin, ohne ihren Rachedurst zu stillen.

Eine Panzermine – wer schreckt wen?

Andererseits gab es auch für den militärischen Laien merkwürdig erscheinende "Ausrutscher": Am 29. Juni 1997 flog ein OSZE-Beobachtungsteam mit italienischen Militärhubschraubern nach *Korca*, einer Stadt im Südosten von Albanien, zur Überprüfung des Wahlablaufes. Italienische Bersaglieri bereiteten außerhalb der Stadt einen provisorischen Hubschrauberlandeplatz vor, Panzerfahrzeuge sicherten diesen. Wir wurden in die Stadt geleitet, und als wir nach Erledigung unserer Aufgabe zurückfahren, gab es einen scharfen Ruck im Konvoi, aufgeregte Diskussionen im Spitzenfahrzeug, man ersuchte uns, die letzten hundert Meter zu den Hubschraubern zu Fuß zurückzulegen. Was war geschehen? Als wir am ersten Fahrzeug, einem italienischen APC, vorbeigingen, sahen wir mitten auf der Straße eine Panzermine liegen, unser Geleitfahrzeug hatte gerade noch bremsen können. Wer hat sie dorthin gelegt? Ein Kinderscherz? Es passierte dort schon einmal, daß Halbwüchsige mit solchen Gerätschaften spielen. Aber: wir waren schon in Sichtweite des Landeplatzes, der von mindestens einem Zug abgesichert war, überall wehten die Hahnenschwänzchen ... Es war Mittagszeit, auch Soldaten müssen essen, aber in einer offensichtlichen Gefahrenzone kann man sich ja ablösen; und die Sicht auf das bewußte Straßenstück war gegeben, dies konnte auch ein militärischer Laie abschätzen. Ich habe noch Fotos von der Situation am "Tatort". Einen Gedanken, der mir unwillkürlich durch den Kopf schoß, verwies ich sofort wieder ins Reich der Fabel: wollte da jemand die Zivilisten das Fürchten lehren, ihnen zeigen, welche gefahrvolle Mission den Soldaten durch unser Drängen, einen möglichst großen Raum während der Wahlen militärisch abzudecken, aufgezwungen worden war?

Nachher wurde mir berichtet, eine Untersuchung habe ergeben, daß es sich um einen *leeren(?)*, aber echten Minenbehälter – also keine Attrappe – gehandelt habe. Unnötig zu sagen, daß ich keine Möglichkeit hatte, diese Feststellung nachzuprüfen. Was soll man da wirklich denken?

Personenschutz oder Provokation?

Ein (Fast-)Zwischenfall anderer Art ereignete sich am 27. Mai 1997 beim Besuch des dänischen Verteidigungsministers *Haekkerup* in Tirana, der das dänische Kontingent inspizierte. Ich gab im Hotel für ihn ein Briefing und hatte schon vorher bemerkt, daß auf dem Flachdach des Hotels, wo unser Treffen stattfand, eine größere Anzahl dänischer Soldaten mit Scharfschützengewehren postiert war. Als wir vor dem Abendessen für Drinks in den Hotelgarten gingen und auch dort ein größeres Aufgebot von Bewaffneten den Gast umringte, sprang plötzlich ein Mann auf und fuchtelte wild mit einer Pistole vor den Augen des Gastes herum. Ein Mitglied der Suite des Ministers konnte ihm die Waffe entwinden. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen höheren albanischen Polizeioffizier handelte. All dies hatte sich in Sekundenschnelle abgespielt, ich hatte nur einen kleinen Tumult wahrgenommen. Einer der anwesenden dänischen Offiziere erklärte mir dann, es hätte nur mehr Sekunden gebraucht, daß die Scharfschützen am Dach, welche die Szene natürlich mitverfolgt hatten, das Feuer eröffnet hätten.

Ein Beispiel von "integralem" Personenschutz? Nachträglich kam mir der Gedanke, daß sich der offenbar psychisch labile (und vielleicht auch schon

betrunkene) albanische Funktionär vielleicht erst durch die massive militärische Zurschaustellung provoziert gefühlt hatte und daraufhin in dieser gefährlichen Weise ausgerastet ist; mit einer diskreteren Absicherung des hochrangigen Gastes wäre es möglicherweise gar nicht zu dieser Szene gekommen?

Nicht auszudenken, was alles hätte passieren können, wenn einmal die ersten Schüsse gefallen wären. Der Albaner erschossen – ein innenpolitisches Drama in dieser spannungsgeladenen Situation vor der Wahl; der Minister oder ein anderer Däne erschossen – dies hätte womöglich den Abzug von militärischen Kontingenten oder ein Ende der internationalen Stabilitätsbemühungen in Albanien bedeutet, wobei zu bedenken war, daß damals ausgerechnet der dänische Außenminister den Vorsitz in der OSZE führte. Weder beim Besuch des österreichischen Verteidigungsministers noch anlässlich des Aufenthalts unseres Generaltruppeninspektors, die unter ähnlich gefährlichen Umständen in Tirana weilten, hatte es derart perfektionistische und ostentative Sicherheitsvorsorgen gegeben.

Es kommt einem hier ein Vergleich aus der Medizin in den Kopf: wenn das Immunsystem des menschlichen Körpers verrückt spielt, also nicht den eingedrungenen Feind bekämpft, sondern sich gegen das zu schützende Objekt, eben den eigenen Körper richtet, entzündet sich dieser ohne äußere Einwirkung, es entsteht der Rheumatismus...

Abschließende Wertung

Zusammenfassend ergab sich bei dem Albanieneinsatz der Militärs aus elf europäischen Staaten der Eindruck, daß die Militärs der MPF sich bisweilen in das Netz ihrer Logistik- und Kommunikationszwänge verstrickten, daß sie zumindest in der ersten Zeit vieles ablehnten, was an Eskort- und Schutz-tätigkeit für die Ermöglichung der politischen Zielsetzungen des internationalen Einsatzes vonnöten gewesen wäre; dazu kam die schon erwähnte Bunkermentalität. Es gab noch immer ein Denken in überkommenen strategischen Begriffen, aber die klassische offene Feldschlacht im Stile von *Cannae* und – mehr in der Moderne – der *Kurskaja duga* vom Juli 1943 ist ja wohl – und hoffentlich für immer – vorbei, zumindest in Europa. Dies letztere sei hinzugefügt, falls jemand auf die im Februar 1991 im Südirak abgeführte "Nachzügler" (?)-Panzerschlacht verweisen wollte.

Die militärischen Aufgabenstellungen der Zukunft werden sich mehr und mehr auf gemischte Einsätze (ein Mix aus klassisch Militärischem, Partisanen- und Mafiabekämpfung, Schutz ziviler Organisationen und demokratischer Wiederaufbauarbeit sowie quasipolizeilichen Aktivitäten) orientieren müssen, wie sie sich gerade in so vielfältiger Weise in den letzten Jahren am Balkan ergeben haben. Die jüngsten militärischen Aktionen gegen Jugoslawien haben klar vor Augen geführt, daß man in der NATO "non article 5 commitments" tunlichst nur als stand-off war mit nachherigem militärisch-zivilem Gouvernorat durchführen will, um eigene Verluste hintanzuhalten.

Aber, um nochmals auf die albanische Situation zurückzukommen, wäre zu sagen, daß wir den Militärs in Albanien nie mehr Risikobereitschaft abverlangt haben, als was wir als Zivilisten selbst an Risiko auf uns genommen haben.

Meine Ausführungen stellen keine wissenschaftliche, bloß auf Dokumente gestützte Abhandlung über das vorgegebene Thema dar. Eine solche könnte den Fachleuten des Verteidigungsministeriums oder der diesem angegliederten Institute vorbehalten werden, die dann auch Zugang zu allen bezughabenden Dokumenten besitzen. Hier sollte aus der Sicht eines Akteurs, der an einer zentralen Stelle an der Erreichung der von der internationalen Gemeinschaft vorgegebenen Ziele mitgearbeitet hat, ein – zugegebenermaßen subjektiver – Eindruck über die Möglichkeiten, strukturellen Grenzen und potentiellen Verbesserungen der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Element einer solchen Operation wiedergegeben werden. Und nun ein Schlußzitat:

"Der Buschbrand in Albanien ist gelöscht. Die multinationale Truppe war gleichsam die Feuerwehr, die den Buschbrand gelöscht hat. Das Glosen müssen die Albaner jetzt selbst bekämpfen."

So sprach laut "Die Presse" vom 29. Juli 1997 Major *Heinz Assmann*, der Kompaniekommandant unseres Kontingents nach seiner Rückkehr nach Österreich. Zum letzten Satz wäre zu bemerken, daß die Albaner dies eigentlich noch immer in genügendem Maße tun. Über die Person des Feuerwehrhauptmanns (um bei dem gewählten Bild zu bleiben), die im Zitat wohl als den Militärs zugerechnet angesehen werden kann, und die Zusammensetzung seiner Truppe gehe ich mit der im Zitat zum Ausdruck kommenden Meinung des Majors, den ich sonst sehr geschätzt habe, nicht ganz konform; auch wenn hier nochmals klargestellt werden soll, daß ohne dem nach langen Diskussionen erwirkten Einsatz der MPF das für die Legitimierung des Wahlvorganges unbedingt notwendige internationale Monitoring nicht durchführbar gewesen wäre.

Im übrigen möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dem beruflich interessierten Leser mit diesen Zeilen ein zusätzlicher Beurteilungsbehelf hinsichtlich der Zuordnung von Soll und Haben im internationalen Krisenmanagement in Albanien und auf anderen vergleichbaren Schauplätzen an die Hand gegeben werde.

Dr. Herbert GRUBMAYR, Botschafter a.D.
1997 Leiter der OSZE-Mission in Albanien,
1998 stv. Leiter der Monitor-Mission der EU (ECMM) in Sarajevo.